

alle Jahre ▼

Suchen

30. November 2007

Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung und Telekommunikationsüberwachung

BDZV zweifelt an Verfassungsmäßigkeit

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) bedauert, dass der Bundesrat das umstrittene Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung sowie die neuen Regeln für die Überwachung der Telekommunikation [mehr](#) ;

09. November 2007

Herber Schlag gegen die Pressefreiheit

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) haben die Bundestagsentscheidung zur Kommunikationsüberwachung und Vorratsdatenspeicherung [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

02. November 2007

Vertrauensbeziehung zwischen Journalisten und Informanten

Das Bündnis der Medienverbände und -unternehmen hat die Bundestagsabgeordneten in einem Brief aufgefordert, sich für die Sicherung und Garantie des Informantenschutzes einzusetzen. In der kommenden [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

25. Oktober 2007

Zeitungsverleger warnen vor Übernahme von Mindestlohn-Tarifvertrag ins Entsendegesetz

Der BDZV hat nach der heutigen Bundestagsdebatte erneut davor gewarnt, den von der Post und ver.di diktierten Mindestlohn-Tarifvertrag über das Entsendegesetz in Kraft zu setzen. „Die Aufnahme dieses [mehr](#) ;

24. Oktober 2007

BDZV: EU-Bürger sind weder dumm noch umweltfeindlich



„Das Europäische Parlament muss die Verbraucher in den 27 Mitgliedsstaaten für geistig minderbemittelt halten – anders lässt sich die EntschlieÙung zur Automobilwerbung nicht erklären“, teilte der [mehr](#) ;

24. Oktober 2007

Karikaturenpreis der deutschen Zeitungen



Der BDZV hat den Karikaturenpreis der deutschen Zeitungen erneut ausgeschrieben. Die mit insgesamt 8.000 Euro dotierte Auszeichnung wird am 23. Januar 2008 bei einer Festveranstaltung in [mehr](#) ;

12. Oktober 2007

Zeitungsverleger kritisieren Entscheidung des Bundesrates zum Entsendegesetz

Die deutschen Zeitungsverleger haben die Entscheidung des Bundesrates, private Briefdienste in das Entsendegesetz aufzunehmen und damit den Weg für den Mindestlohntarifvertrag zu ebnen, scharf [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

05. Oktober 2007

BDZV: Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze bei privaten Postdienstleistern

Der Entschluss der Bundesregierung, private Briefdienste in das Entsendegesetz aufzunehmen und den Mindestlohn-Tarifvertrag für verbindlich zu erklären, stößt weiterhin auf scharfe Kritik der [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

21. September 2007

Vorratsdatenspeicherung: Staat opfert Presse- und Bürgerfreiheit

Nach Ansicht des Medienvertreters in der heutigen Anhörung des Deutschen Bundestages verletzt der Regierungsentwurf zur Vorratsdatenspeicherung das Grundrecht der Pressefreiheit. „Gerade in Zeiten [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

21. September 2007

Gutachten: Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen das Grundgesetz

Der Gesetzentwurf zur so genannten Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen das Grundgesetz. Das ist das Ergebnis eines von der Stiftervereinigung der Presse in Auftrag gegebenen Gutachtens. Anlass war [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

19. September 2007

BDZV: Briefzusteller gehören nicht in das Entsendegesetz

Die Bundesregierung hat am 19. September 2007 einen Beschluss gefasst, der nach Auffassung des BDZV geeignet ist, dem Wettbewerb und dem Wirtschaftsstandort Deutschland großen Schaden zuzufügen. Die [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

19. September 2007

Entsendegesetz für Postdienste: BDZV droht mit Klage in Karlsruhe

Der BDZV droht mit einer Verfassungsklage, falls die Postdienste in das Entsendegesetz aufgenommen und damit ein Mindestlohn festgelegt wird. BDZV-Sprecher Hans-Joachim Fuhrmann sagte am 18. [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

17. September 2007

Verleger fordern mehr Sensibilität für Pressefreiheit, faire Wettbewerbsbedingungen und mehr Rücksicht in der Medienpolitik



BDZV-Präsident Helmut Heinen eröffnet Zeitungskongress im Europäischen Parlament in Straßburg Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) hat Verstöße gegen die Pressefreiheit in [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

14. September 2007

Zeitungskongress 2007: Crossmediale Zukunft und Europapolitik im Fokus



Wie positionieren sich die Zeitungsunternehmen im veränderten Wettbewerb? Wie können sie neue digitale Herausforderungen annehmen und ihre crossmedialen Möglichkeiten ausspielen? Was [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

12. September 2007

Gebührenurteil: Verfassungsgericht bestätigt Aufgabe der Ministerpräsidenten zur Konkretisierung des Rundfunkauftrags

Das Bundesverfassungsgericht hat heute entschieden, dass die Herabsetzung der von ARD und ZDF für die Jahre 2005 bis 2008 geforderten Rundfunkgebühren durch die Ministerpräsidenten wegen einer [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

06. September 2007

Zeitungsverleger: Bundesregierung muss Allgemeinverbindlichkeit des Mindestlohn-Tarifvertrags ablehnen

Das Präsidium des BDZV hat den zwischen dem AGV Briefdienste und der Gewerkschaft ver.di ausgehandelten Abschluss zu Mindestlöhnen scharf verurteilt. Dies sei ein einmaliger und unwürdiger Vorgang in [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

05. September 2007

Theodor-Wolff-Preis

Journalistenpreis der deutschen Zeitungen am 5. September in Berlin überreicht/Zeitungsverleger besorgt über Attacken gegen Pressefreiheit



Die Zeitungsverleger verfolgen mit Sorge die Attacken gegen die Pressefreiheit in Deutschland. Gerade in jüngster Zeit sei dieses „äußerst sensible Gut“ durch Beschlagnahmeaktionen, Durchsuchungen [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

30. August 2007

Burda und Heinen: Aktivitäten von ARD und ZDF im Internet müssen begrenzt werden / BDZV und VDZ appellieren an Gesetzgeber



Vor einer weiteren Expansion der Online-Aktivitäten von ARD und ZDF haben die Präsidenten des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), Prof. Dr. Hubert Burda, und des [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

03. August 2007

BDZV: Ermittlungsverfahren ist Dreistigkeit

Mit Empörung hat der BDZV auf die Ermittlungsverfahren reagiert, die Staatsanwaltschaften in Berlin, München, Hamburg und Frankfurt am Main gegen 17 Journalisten von acht Zeitungen und Zeitschriften [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

10. Juli 2007

Zeitungsverleger: EU-Mitteilung bietet Chance, Mehrwertsteuer für Zeitungen zu reduzieren/

Zeitungen gehören zum Grundbedarf

Die Zeitungsverleger erwarten von der Bundesregierung, dass diese sich gegenüber der EU dafür einsetzt, den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Zeitungen (sieben Prozent) abzusenken. Noch konsequenter [mehr](#) ;

RUBRIK: Pressemitteilungen

Ergebnisse 101 bis 120 von insgesamt 518

[<< Vorherige](#) [Seite 2](#) [Seite 3](#) [Seite 4](#) [Seite 5](#) [Seite 6](#) [Seite 7](#) [Seite 8](#) [Seite 9](#) [Seite 10](#) [Seite 11](#) [Nächste >>](#)

Aktuelle Seite:

[Home](#) / [Aktuell](#) / [Pressemitteilungen](#)